

Kölner  
Stadtanzeiger  
vom 19.01.2018,  
S. 22

## Land erhöht Mittel für die Filmstiftung

**ETAT** Laschet betont  
die Bedeutung für den  
Medienstandort  
Nordrhein-Westfalen

Die NRW-Landesregierung erhöht ihren Anteil an der Film- und Medienstiftung im Vergleich zum Vorjahr um 2,5 Millionen Euro. Das sei nach eigenen Angaben die höchste Landesbeteiligung seit der Gründung der Stiftung im Jahr 1991. Zuletzt war die Stiftung nach Mittelkürzungen durch den WDR und die SPD-geführte Landesregierung zwischen 3,1 und 4,1 Millionen Euro hinter vergleichbare Landesförderinstitutionen in München und Berlin zurückgefallen. Die neue Regierung aus CDU und FDP wird im Haushaltsjahr 2018 insgesamt 14 450 900 Euro in die Film- und Medienstiftung NRW geben. Ministerpräsident Armin Laschet betont, dass damit der gesamte Medienstandort NRW gestärkt werde. Auch Petra Müller, Geschäftsführerin der Film- und Medienstiftung, unterstreicht die Bedeutung für die Produzenten und die übrigen Kreativen im Land. „Diese Erhöhung gibt Rückenwind und neuen Schwung für das Film- und Medienland“, so Müller. (F.O.)

## Rheinische Post vom 19.01.2018, S. 1 Bis zu 200 neue Büros für den NRW-Landtag

**DÜSSELDORF** (tor) Der Landtag soll künftig mit zwei statt vier Gebäuden auskommen. Dafür soll das Hauptgebäude am Fuß der Rheinkniebrücke einen benachbarten Schwester-Neubau auf dem Gelände des derzeitigen Parkplatzes zwischen Rheinturm und WDR-Gebäude erhalten. Darauf hat sich der Ältestenrat nach Informationen unserer Redaktion in geheimer Sitzung verständigt. Teilnehmer waren auch Landtagspräsident André Kuper sowie der Chef der Staatskanzlei, Nathanael Liminski (beide CDU).

Diskutiert wird der Neubau schon länger. Unter Regie von Kupers Vorgängerin Carina Gödecke (SPD) einigte der Landtag sich mit der Stadt Düsseldorf vor rund einem Jahr auf einen Grundstückstausch: Der Landtag bekommt das Grundstück am

Rheinturm, die Stadt vom Landtag ein Gebäude plus Grundstück neben dem Mannesmann-Hochhaus („Mannesmannufer 3“). Offen war, ob das rot-grüne Konzept den Regierungswechsel überlebt.

Kuper und Liminski sollen den Plan nun konkretisiert haben. Neben dem kreisförmigen Hauptgebäude nutzt der Landtag derzeit 55 Büros am Fürstenwall, 77 an der Lippestraße und 22 Büros am Horionplatz. Von deren Umzug in das Erweiterungsgebäude verspricht die Verwaltung sich jährliche Mieteinsparungen in Höhe von rund drei Millionen Euro. Der Neubau soll bis zu 200 Büros und Konferenzräume umfassen. Die Kosten liegen im zweistelligen Millionenbereich, mit dem Baubeginn ist nicht vor 2022 zu rechnen.